

Handeln statt einfach sitzen lassen

Jugendgewalt wirksam bekämpfen

Flyer 16-114

Lösungen statt Parolen

Gewalt unter Jugendlichen ist ein Problem, aber kein neues Phänomen. Der Eindruck, jugendliche Straftäter würden immer zahlreicher und immer jünger, ist falsch. Wer einmal eine Gewalttat begeht, wird damit nicht automatisch zu einem Serientäter. Zur Dramatisierung besteht kein Anlass.

Zur Verharmlosung allerdings auch nicht. Die kriminellen Karrieren und die Gewaltbereitschaft mancher Jugendlichen sind erschreckend. An vielen sozialen Brennpunkten herrscht eine regelrechte Kultur der Gewalt. Dort müssen wir genau hinsehen, rasch reagieren und handeln.

Unser Ziel ist es, Gewalt zu verhindern. Populistische Parolen und der Ruf nach mehr Härte tragen dazu nicht bei. Unsere Antwort auf Jugendgewalt fußt auf zwei Strategien: erstens einer wirksamen Prävention, die verhindert, dass aus Kindern gewalttätige Jugendliche werden. Und zweitens dem schnellen Eingreifen, wenn Gewalt verübt wird. Gewalttätige Jugendliche müssen merken, dass ihr Handeln Folgen hat, und lernen, sich friedlich zu behaupten.

Ohne Gewalt – von klein auf

Schon unter kleinen Kindern gibt es Streit – der mit Gewalt oder Worten ausgetragen wird. Von klein auf müssen Kinder deshalb lernen, Konflikte friedlich und konstruktiv zu lösen. Gewaltprävention beginnt im Elternhaus und auch bereits im Kindergarten.

Auch das Umfeld, in dem ein Kind aufwächst, hat entscheidenden Einfluss. Wer als Kind geschlagen wird oder Gewalt zwischen seinen Eltern mit ansehen muss, läuft stärker Gefahr, später selbst zum Täter zu werden.

Die rot-grüne Bundesregierung hat das Recht auf eine gewaltfreie Erziehung gesetzlich verankert. Dieses Kinderrecht muss überall umgesetzt werden, auch in Migrantenfamilien. Um Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder zu unterstützen, brauchen wir mehr und leichter zugängliche Hilfsangebote. Wir wollen Mütter und Väter stärken und fördern – zugleich aber auch in die Pflicht nehmen. Eltern, die ihre Verantwortung nicht ernst nehmen, die ihre Kinder vernachlässigen oder nicht zur Schule schicken, brauchen auch staatlichen Druck.

Chancen für alle

Wir wissen: Nicht Hautfarbe oder Herkunft sind die entscheidende Ursache für Jugendgewalt, sondern Chancen- und Perspektivlosigkeit. Je mehr Chancen ein junger Mensch auf eine gute Ausbildung hat, desto geringer ist die Gefahr, dass er gewalttätig wird.

Wir Grünen fordern deshalb seit langem, Kinder mit schlechten Startchancen früh zu fördern, zum Beispiel beim Deutschlernen. Außerdem setzen wir uns für Ganztags- und Gemeinschaftsschulen ein. Dort können Kinder aus sozial benachteiligten Familien besser gefördert werden und wir verhindern, dass sie einfach auf Hauptschulen abgeschoben werden.

Die Schulen selbst können einen wichtigen Beitrag zur Gewaltprävention leisten – als Ort, an dem Gewalt tabu ist und an dem gewaltfreie Konfliktlösung vorgelebt und vermittelt wird. Wirksame Maßnahmen gegen Jugendgewalt sind außerdem flächendeckende Präventionsangebote, mehr aufsuchende Jugendhilfe, eine bessere Medienkompetenz von

Kindern und Jugendlichen, eine klare Ächtung von Gewaltaufrufen und Hetze in Songtexten, ein stärkerer Einsatz gegen rechtsradikale Gewalt und eine Kultur des Hinsehens in der gesamten Gesellschaft.

Besonders wichtig ist es, männlichen Jugendlichen Strategien gegen Gewalt an die Hand zu geben. Denn Jugendkriminalität ist überwiegend Jungen-Kriminalität. Viele Jungen wachsen in einer Kultur auf, in der Gewalt zum Männlichsein gehört. Jungs sind gleichzeitig überdurchschnittlich häufig Opfer von Gewalt.

Messer weg!

Auch wenn die Jugendgewalt in den vergangenen Jahren insgesamt nicht zugenommen hat: In Großstädten gab es mehr Angriffe mit Messern, bei denen die Opfer schwer verletzt oder sogar getötet wurden. Wir dürfen es nicht hinnehmen, wenn sich Jugendliche bewaffnen!

Dafür brauchen wir eine Kultur der Waffenfreiheit: bei öffentlichen Veranstaltungen müssen Waffenverbote durchgesetzt, gefährliche Messer aus dem Verkehr gezogen werden. Die Polizei muss gefährliche Gegenstände wie z.B. Baseballschläger oder Motorradketten einkassieren, wenn Jugendliche sie in der Öffentlichkeit tragen und anderen damit drohen. Ein Verbot von Waffenimitaten muss konsequent umgesetzt werden.

Wir stellen uns den Interessen der Waffenlobby entgegen. So darf die Altersgrenze für großkalibrige Waffen nicht unter 21 Jahre gesenkt werden.

Konsequenzen – sofort!

Gewalttätige Jugendliche müssen merken, dass ihr Handeln Folgen hat – und zwar direkt nach der Tat. Oft dauert es zu lange, bis das Verfahren beginnt und Sanktionen erfolgen. Das Jugendstrafrecht bietet genügend und gute Möglichkeiten für den Umgang mit jugendlichen Straftätern. Das Recht muss also nicht verschärft werden, aber den Vollzug müssen wir entscheidend verbessern. Wir wollen früher ansetzen und schneller reagieren.

Haft allein kann neue Straftaten nicht verhindern. Wichtiger und erfolgversprechender ist es, auf Erziehung und Verhaltensänderung zu setzen. Durchdachte pädagogische Programme, bei denen sich die Jugendlichen mit ihrer Tat und deren Folgen intensiv auseinandersetzen müssen, verlangen ihnen mehr ab, als bloß ihren Arrest oder eine Gefängnisstrafe abzusitzen.

Für die Reform des Jugendstrafvollzugs haben wir Grüne einen Musterentwurf vorgelegt und entsprechende Gesetzentwürfe in die Landtage eingebracht. Statt wie die Länder die Mittel für die Betreuung straffälliger Jugendlicher zu kürzen, müssen Jugendhilfe, Justiz und Polizei angemessen ausgestattet werden. Denn wer bei Kindern und Jugendlichen heute spart, zahlt dafür in Zukunft ein Vielfaches.

Populismus hilft nicht.

Es gibt keinen Grund, die bewährten Grundsätze des Jugendstrafrechts aufzugeben. Die Forderungen nach mehr Härte sind populistisch und schüren Ängste. Lösungen bieten sie nicht.

Eine Heraufsetzung der Höchststrafe beispielsweise würde nur die allerwenigsten straffälligen Jugendlichen überhaupt betreffen. Und wer sich durch zehn Jahre Gefängnis nicht von einer schweren Tat abschrecken lässt, den werden auch 15 Jahre kaum davon abhalten. Drill und Unterdrückung in Erziehungscamps nach amerikanischem Vorbild widersprechen der Menschenwürde und die Rückfallquoten sind hoch. Stattdessen müssen wir erfolgreiche Modelle offener und auch geschlossener Jugendarbeit ausbauen. Dazu braucht es mehr Geld und Personal.

Hier aufgewachsene junge Menschen mit Migrationshintergrund müssen genauso beurteilt werden wie deutsche, denn auch sie sind Kinder unserer Gesellschaft. Das Ansinnen der Union, straffällige Jugendliche ohne deutschen Pass einfacher auszuweisen, lehnen wir deshalb entschieden ab.

Opfer brauchen Schutz und Hilfe

Opfer einer Straftat zu werden ist eine traumatische Erfahrung, unter der die Betroffenen oft jahrelang leiden. Sie brauchen professionelle Hilfe. Auf die Unterstützung von Gewaltopfern spezialisierte Einrichtungen leisten dafür wertvolle Arbeit, die ausreichend finanziert werden muss. Deshalb wollen wir, dass ein fester Prozentsatz der von Strafgerichten verhängten Geldstrafen der Opferhilfe zugute kommt. Zudem müssen Polizistinnen und Polizisten geschult werden, damit sie möglichst einfühlsam mit den Opfern von Jugendgewalt umgehen.

Wir brauchen mehr zielgruppenspezifische Angebote, beispielsweise für Jungen, die überdurchschnittlich von Gewalt betroffen sind, und für Opfer rechter Gewalttaten.

Der so genannte Täter-Opfer-Ausgleich kann dem Opfer helfen, die Tat besser zu bewältigen. Ein Vermittler moderiert dabei das außergerichtliche Gespräch zwischen Betroffenen und Täter, in dem sich die beiden beispielsweise auf eine Wiedergutmachung einigen können. Wir setzen uns dafür ein, dass der Täter-Opfer-Ausgleich in ganz Deutschland angeboten und finanziert wird.

Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag
Kai Gehring MdB, Sprecher für Jugend- und Hochschulpolitik
Arbeitskreis 5: Wissen und Generationen
T. 030/227 56789, F. 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de

Zum Weiterlesen:

Fraktionsbeschluss „Handeln statt einfach sitzen lassen – Jugendgewalt wirksam bekämpfen“ vom 22.01.2008

Bundestagsdrucksachen:

16/5780 Jugendliche in Deutschland: Perspektiven durch Zugänge, Teilhabe und Generationengerechtigkeit (Entschließungsantrag)

16/4818 „Jugendliche in Deutschland“ (Große Anfrage und Antwort)

16/8146 „Jugendstrafrecht im 21. Jahrhundert“ (Große Anfrage)